



ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN (AGB)

der

Council.at GmbH

Promenade 25, 4020 Linz

FN 568524 s

Landesgericht Linz

Kontaktinformationen:

Mobil: +43 (0)660 4888257

E-Mail: info@council.at

Webseite: <https://www.council.at>

Seite 1 von 6

1. Allgemeine Grundlagen / Geltungsbereich

1.1 Für sämtliche Rechtsgeschäfte zwischen der Auftraggeberin und der Auftragnehmerin (Council.at GmbH) gelten ausschließlich diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Maßgeblich ist jeweils die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültige Fassung.

1.2 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch für alle künftigen Vertragsbeziehungen, somit auch dann, wenn bei Zusatzverträgen darauf nicht ausdrücklich hingewiesen wird.

1.3 Entgegenstehende Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftraggeberin finden keine Anwendung, es sei denn, diese werden von der Auftragnehmerin ausdrücklich schriftlich anerkannt.

1.4 Für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam sein und/oder werden sollten, berührt dies die Wirksamkeit der verbleibenden Bestimmungen und der unter ihrer Zugrundelegung geschlossenen Verträge nicht. Die unwirksame ist durch eine wirksame Bestimmung, die ihr dem Sinn und wirtschaftlichen Zweck nach am nächsten kommt, zu ersetzen.

2. Umfang des Beratungsauftrages / Stellvertretung

2.1 Der Umfang eines konkreten Beratungsauftrages wird im Einzelfall vertraglich vereinbart.

2.2 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, die ihr obliegenden Aufgaben ganz oder teilweise durch Dritte erbringen zu lassen. Die Bezahlung des Dritten erfolgt ausschließlich durch die Auftragnehmerin selbst. Es entsteht kein wie immer geartetes direktes Vertragsverhältnis zwischen dem Dritten und der Auftraggeberin. Die Auftraggeberin arbeitet grundsätzlich mit Dritten zusammen, deren ordentlicher Sitz in einem Mitgliedsstaat des EWR situiert ist und dahingehend die Bestimmungen des Stufenbaus im Europäischen Datenschutzrecht unterliegen. Dies gilt auch für Länder, welche von der Europäischen Kommission mittels Angemessenheitsbeschluss (engl. adequacy decision) freigegeben wurden und außerhalb der Europäischen Union liegen.¹

2.3 Die Auftraggeberin verpflichtet sich, während der Dauer dieses Vertrages und für einen Zeitraum von drei Jahren nach dessen Beendigung, keine Geschäftsbeziehungen zu Personen oder zu Gesellschaften, in denen diese Personen tätig sind oder waren, aufzunehmen, wenn solche Geschäftsbeziehungen vergleichbare Beratungsleistungen betreffen, die auch die Auftragnehmerin erbringt. Nichtsdestotrotz steht es der Auftraggeberin frei, Personen, die während der Vertragslaufzeit für die Auftragnehmerin tätig waren, oder Gesellschaften, in denen diese Personen tätig sind, zu beauftragen, sofern die beauftragten Leistungen nicht in direkter Konkurrenz zu den Dienstleistungen stehen, die von der Auftragnehmerin während der Vertragslaufzeit erbracht wurden.

3. Aufklärungspflicht der Auftraggeberin / Vollständigkeitserklärung

3.1 Die Auftraggeberin sorgt dafür, dass die organisatorischen Rahmenbedingungen bei Erfüllung des Beratungsauftrages an ihrem Geschäftssitz ein möglichst ungestörtes, dem raschen Fortgang des Beratungsprozesses förderliches Arbeiten erlauben.

¹ The European Commission has the power to determine, on the basis of article 45 of [Regulation \(EU\) 2016/679](#) whether a country outside the EU offers an adequate level of data protection.

3.2 Die Auftraggeberin wird die Auftragnehmerin auch über vorher durchgeführte und/oder laufende Beratungen – auch auf anderen Fachgebieten – umfassend informieren.

3.3 Die Auftraggeberin sorgt dafür, dass der Auftragnehmerin auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Erfüllung und Ausführung des Beratungsauftrages notwendigen Unterlagen zeitgerecht vorgelegt werden und ihr von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Beratungsauftrages von Bedeutung sind. Dies gilt auch für alle Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit der Beraterin bekannt werden.

3.4 Die Auftraggeberin sorgt dafür, dass ihre Mitarbeiter:innen und die gesetzlich vorgesehene und gegebenenfalls eingerichtete Arbeitnehmervertretung (Betriebsrat) bereits vor Beginn der Tätigkeit der Auftragnehmerin von dieser informiert werden.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

4.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich zur gegenseitigen Loyalität.

4.2 Die Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig, alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, die Gefährdung der Unabhängigkeit der beauftragten Dritten und Mitarbeiter:innen der Auftragnehmerin zu verhindern. Dies gilt insbesondere für Angebote der Auftraggeberin auf Anstellung bzw. der Übernahme von Aufträgen auf eigene Rechnung.

5. Berichterstattung / Berichtspflicht

5.1 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, über ihre Arbeit, die ihrer Mitarbeiter:innen und gegebenenfalls auch die beauftragter Dritter dem Arbeitsfortschritt entsprechend der Auftraggeberin Bericht zu erstatten.

5.2 Den Schlussbericht erhält die Auftraggeberin in angemessener Zeit, d.h. zwei bis vier Wochen, je nach Art und Umfang des Beratungsauftrages nach Abschluss des Auftrages.

5.3 Die Auftragnehmerin ist bei der Herstellung des vereinbarten Schlussbericht bzw. der Leistungserfüllung weisungsfrei, handelt nach eigenem Gutdünken und in eigener Verantwortung. Sie ist an keinen bestimmten Arbeitsort und keine bestimmte Arbeitszeit gebunden.

6. Schutz des geistigen Eigentums

6.1 Die Urheberrechte an den von der Auftragnehmerin und ihren Mitarbeiter:innen und beauftragten Dritten geschaffenen Werke (insbesondere Anbote, Berichte, Analysen, Gutachten, Organisationspläne, Programme, Leistungsbeschreibungen, Entwürfe, Berechnungen, Zeichnungen, Datenträger etc.) verbleiben bei der Auftragnehmerin. Sie dürfen von der Auftraggeberin während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses ausschließlich für vom Vertrag umfasste Zwecke verwendet werden. Die Auftraggeberin ist insofern nicht berechtigt, das Werk (die Werke) ohne ausdrückliche Zustimmung der Auftragnehmerin zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten. Keinesfalls entsteht durch eine unberechtigte Vervielfältigung/Verbreitung des Werkes eine Haftung der Auftragnehmerin – insbesondere etwa für die Richtigkeit des Werkes – gegenüber Dritten.

6.2 Der Verstoß der Auftraggeberin gegen diese Bestimmungen berechtigt die Auftragnehmerin zur sofortigen vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses und zur Geltendmachung anderer gesetzlicher Ansprüche, insbesondere auf Unterlassung und/oder Schadenersatz.

7. Gewährleistung

7.1 Die Auftragnehmerin ist ohne Rücksicht auf ein Verschulden berechtigt und verpflichtet, bekanntwerdende Unrichtigkeiten und Mängel im Rahmen der gesetzlichen Gewährleistung an seiner/ihrer Leistung zu beheben. Sie wird die Auftraggeberin hievon unverzüglich in Kenntnis setzen.

7.2 Dieser Anspruch der Auftraggeberin erlischt nach drei Monaten nach Erbringen der jeweiligen Leistung, wobei den Auftraggeber eine unverzügliche Rügepflicht mit Übernahme der Leistung, bei sonstigem Verlust von Gewährleistungsansprüchen, trifft. Die Wahl des jeweiligen Gewährleistungsbehelfes steht alleine der Auftragnehmerin zu.

7.3 Für im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen erstellte Berichte (zB Penetration-Test-Reports) gilt dieser Gewährleistungsanspruch ausschließlich für fahrlässige Unrichtigkeiten, die zum Zeitpunkt der Durchführung der Sicherheitsüberprüfung selbst entstanden sind, nicht jedoch für nach Durchführung der Sicherheitsüberprüfung und bis zur Berichtsabgabe bekannt gewordene neue Umstände (wie zB neue Security-Schwachstellen, andere Impact-Bewertung, Updates oder Upgrades durch die Auftraggeberin, Veränderungen an den Systemumgebungen, ...).

8. Haftung / Schadenersatz

8.1 Die Auftragnehmerin haftet der Auftraggeberin für Schäden – ausgenommen für Personenschäden - nur im Falle krass groben Verschuldens (Vorsatz oder krass grobe Fahrlässigkeit). Dies gilt sinngemäß auch für Schäden, die auf von der Auftragnehmerin beigezogene Dritte zurückgehen.

8.2 Schadenersatzansprüche der Auftraggeberin können nur innerhalb von sechs Monaten ab Kenntnis von Schaden und Schädiger, spätestens aber innerhalb von drei Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden.

8.3 Die Auftraggeberin hat jeweils den Beweis zu erbringen, dass der Schaden auf ein Verschulden der Auftragnehmerin zurückzuführen ist.

8.4 Sofern die Auftragnehmerin für die Dienstleistung oder einem Werk unter Zuhilfenahme Dritter erbringt und in diesem Zusammenhang Gewährleistungs- und/oder Haftungsansprüche gegenüber diesen Dritten entstehen, tritt die Auftragnehmerin diese Ansprüche an die Auftraggeberin ab. Die Auftraggeberin wird sich in diesem Fall vorrangig an diese Dritten halten.

8.5 Für von der Auftragnehmerin durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen (wie zB Security-Audits, Penetration Tests, Social-Engineering Attacken, ...) bei der Auftraggeberin oder bei von der Auftraggeberin beauftragten Dritten (zB Web-Hoster, Agenturen, ...) wird jegliche Haftung der Auftragnehmerin, sowie der Auftragnehmerin beauftragter Dritter für sämtliche direkten und indirekten Schäden sowie Folgeschäden (sowohl bei der Auftraggeberin, wie auch bei von diesem beauftragten Lieferantinnen/Dienstleisterinnen und deren Sublieferantinnen/-dienstleisterinnen) ausgeschlossen. Diese generelle Haftungsfreistellung muss auf Verlangen der Auftragnehmerin im konkreten Einzelprojektfall durch eine von der Auftraggeberin zu unterzeichnende „Permission To Attack“ (kurz „PTA“) explizit bestätigt werden. Die Auftragnehmerin informiert deren (Sub-) Lieferantinnen/Dienstleisterinnen über mögliche Überprüfungen durch die Auftraggeberin.

8.6 Sollte, aus welchen Gründen immer, eine Haftung gegenüber der Auftragnehmerin begründet werden, so ist diese der Höhe nach mit der aliquoten konkreten Auftragshöhe beschränkt, welche den Bereich des Schadens betrifft.

9. Geheimhaltung / Datenschutz

9.1 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich zu unbedingtem Stillschweigen über alle ihr zur Kenntnis gelangenden geschäftlichen Angelegenheiten, insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie jedwede Information, die sie über Art, Betriebsumfang und praktische Tätigkeit der Auftraggeberin erhält.

9.2 Weiters verpflichtet sich die Auftragnehmerin, über den gesamten Inhalt der erbrachten Leistung sowie sämtliche Informationen und Umstände, die ihr im Zusammenhang mit der Erstellung zur Erbringung der Leistung zugegangen sind, insbesondere auch über die Daten von Klient:innen der Auftraggeberin, Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren.

9.3 Die Auftragnehmerin ist von der Schweigepflicht gegenüber allfälligen Gehilfen und Stellvertreter:innen, denen sie sich bedient, entbunden. Sie hat die Schweigepflicht aber auf diese vollständig zu überbinden und haftet für deren Verstoß gegen die Verschwiegenheitsverpflichtung wie für einen eigenen Verstoß.

9.4 Die Schweigepflicht reicht unbegrenzt auch über das Ende dieses Vertragsverhältnisses hinaus. Ausnahmen bestehen im Falle gesetzlich vorgesehener Aussageverpflichtungen.

9.5 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, ihr anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Vertragsverhältnisses zu verarbeiten. Die Auftraggeberin leistet der Auftragnehmerin Gewähr, dass hierfür sämtliche erforderlichen Maßnahmen insbesondere jene im Sinne des Datenschutzgesetzes, wie etwa Zustimmungserklärungen der Betroffenen, getroffen worden sind.

9.6 Die vereinbarten Geheimhaltungs- und Datenschutzbestimmungen gelten auch umgekehrt für die Auftraggeberin für von der Auftragnehmerin erhaltenen Informationen.

10. Honorar

10.1 Die Auftragnehmerin ein Honorar gemäß der Vereinbarung zwischen der Auftraggeberin und der Auftragnehmerin. Die Auftragnehmerin ist berechtigt, dem Arbeitsfortschritt entsprechend Zwischenabrechnungen zu legen und Akonti zu verlangen. Das Honorar ist jeweils mit Rechnungslegung durch die Auftragnehmerin innerhalb von 14 Tagen fällig.

10.2 Die Auftragnehmerin wird jeweils eine zum Vorsteuerabzug berechtigende Rechnung mit allen gesetzlich erforderlichen Merkmalen ausstellen; erst mit Vorlage dieser Rechnung beginnt die Zahlungsfrist von 14 Tagen.

10.3 Anfallende Barauslagen, Spesen, Reisekosten, etc. sind gegen Rechnungslegung der Auftragnehmerin von der Auftraggeberin zusätzlich zu ersetzen.

10.4 Unterbleibt die Ausführung der vereinbarten Leistung aus Gründen, die auf Seiten der Auftraggeberin liegen, oder aufgrund einer berechtigten vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses durch die Auftragnehmerin, so behält die Auftragnehmerin den Anspruch auf Zahlung des gesamten vereinbarten Honorars abzüglich ersparter Aufwendungen. Im Falle der Vereinbarung eines Stundenhonorars ist das Honorar für jene Stundenanzahl, die für die gesamte vereinbarte Leistung zu erwarten gewesen ist.

10.5 Im Falle der Nichtzahlung von Zwischenabrechnungen ist die Auftragnehmerin von ihrer Verpflichtung, weitere Leistungen zu erbringen, befreit. Die Geltendmachung weiterer aus der Nichtzahlung resultierender Ansprüche wird dadurch aber nicht berührt.

11. Elektronische Rechnungslegung

11.1 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, der Auftraggeberin Rechnungen auch in elektronischer Form zu übermitteln. Die Auftraggeberin erklärt sich mit der Zusendung von Rechnungen in elektronischer Form durch die Auftragnehmerin ausdrücklich einverstanden. Sollte eine postalische oder anderweitige Zustellung durch die Auftraggeberin gewünscht werden, so wird eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von Euro 198,- exklusive MwSt. pro Rechnungslegung berechnet.

12. Dauer des Vertrages

12.1 Dieser Vertrag endet grundsätzlich mit dem Abschluss der Erbringung der vereinbarten Leistung.

12.2 Der Vertrag kann dessen ungeachtet jederzeit aus wichtigen Gründen von jeder Seite ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden. Als wichtiger Grund ist insbesondere anzusehen,

- Wenn eine Vertragspartei wesentliche Vertragsverpflichtungen verletzt, oder
- wenn eine Vertragspartei nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Zahlungsverzug gerät, oder
- wenn berechtigte Bedenken hinsichtlich der Bonität einer Vertragspartei, über die kein Insolvenzverfahren eröffnet ist, bestehen und diese auf Begehren der Auftragnehmerin weder Vorauszahlungen leistet noch vor Leistung der Auftragnehmerin eine taugliche Sicherheit leistet und die schlechten Vermögensverhältnisse der anderen Vertragspartei bei Vertragsabschluss nicht bekannt waren.

13. Schlussbestimmungen

13.1 Die Vertragsparteien bestätigen, alle Angaben im Vertrag gewissenhaft und wahrheitsgetreu gemacht zu haben und verpflichten sich, allfällige Änderungen wechselseitig umgehend bekannt zu geben.

13.2 Änderungen des Vertrages und dieser AGB bedürfen der Schriftform; ebenso ein Abgehen von diesen Formerfordernissen. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

13.3 Gerichtsstandort ist der Hauptunternehmensstandort der Auftragnehmerin.

13.4 Auf diesen Vertrag ist materielles österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des internationalen Privatrechts sowie des UN-Kaufrechts anwendbar. Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung der Auftragnehmerin. Für Streitigkeiten ist das Gericht am Unternehmensort der Auftragnehmerin zuständig.

13.5 Der Auftraggeberin steht kein Zurückbehaltungs- und Aufrechnungsrecht zu.